

## **Einstimmiger Beschluss Nr. 87-2022 (20. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz**

### **Zur Aufnahme von Geflüchteten in zwei Sporthallen als Notunterkünfte**

#### **Der Beirat Osterholz beschließt:**

Der Beirat Osterholz betont noch einmal seine Bereitschaft, die Aufnahme von Geflüchteten im Stadtteil zu unterstützen.

Hierfür bedarf es der lückenlosen Kommunikation zwischen dem zuständigen Sozialressort, dem Ortsamt und dem Beirat als stadtteilpolitischem Gremium. Es sind die Mitglieder des Beirats, die in der Regel von Bürgerinnen und Bürgern um Information gebeten werden. Deshalb muss auch jede Änderung der Planungen dem Beirat umgehend mitgeteilt werden. Aktuell sind in Osterholz zwei Sporthallen als Notunterkünfte belegt worden, eine dritte wird möglicherweise folgen. Die Kriterien, nach denen eine Belegung erfolgte wurden dem Beirat erst auf Nachfrage mitgeteilt. Das ist weder eine ordnungsgemäße Beteiligung noch eine Befriedigung des Informationsrechts.

So erfuhren die Mitglieder des Beirats nicht aus dem zuständigen Ressort von der Belegung der Sporthalle der Albert-Einstein-Oberschule nicht nur mit überwiegend geflüchteten Frauen und Kinder aus der Ukraine, sondern zur Hälfte auch mit Menschen aus zahlreichen anderen Ländern, darunter auch alleinstehende Männer. Dies führte zu Problemen, die inzwischen über die Medien bekannt wurden.

Der Beirat fordert, zukünftig besonders schutzbedürftige Gruppen durch eine sensiblere Belegung der Notunterkünfte besser zu stellen. In Osterholz wäre das bei der derzeitigen Belegung von zwei Hallen sicher möglich gewesen.

Die Situation in der Halle der Albert-Einstein-Oberschule muss sofort verbessert werden: So muss durch Sichtschutz-Maßnahmen ein Minimum an Privatsphäre hergestellt werden. Die gemeinsame Einquartierung von derart unterschiedlichen Gruppen in derselben Halle ist nach Überzeugung nicht nur des Osterholzer Beirats – entgegen der in der Presse wiedergegebenen Auffassung eines Vertreters des Roten Kreuzes - völlig unzumutbar.

Ebenso müssen umgehend Waschmaschinen und Trockner zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit sind die Menschen gezwungen ihre Wäsche in Waschbecken zu reinigen und anschließend auf Heizkörpern zu trocknen.

Die Menschen sind jetzt schon länger in den beiden Notunterkünften untergebracht als geplant. Und ein Umzugstermin in die Zelte in der Überseestadt ist noch nicht bekannt. Deshalb muss ein Mindeststandard an Fürsorgemaßnahmen gewährleistet sein.

Bremen, 2.5.2022

gez. Massmann (SPD-Fraktion)    gez. Krauskopf (CDU-Fraktion)    gez. Dillmann (GRÜNE-Fraktion)    gez. Last (LINKE-Fraktion)    gez. Kocas (FDP-Fraktion)